Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches im Kanton Glarus

(Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch; EG StGB)

Vom 2. Mai 1965 (Stand 1. Juli 2022)

(Erlassen von der Landsgemeinde am 2. Mai 1965)

1. Das kantonale Strafrecht

1.1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 *Grundsatz*

[1] Auf die noch dem kantonalen Strafrecht verbleibenden Übertretungstatbestände finden die allgemeinen Bestimmungen des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht Anwendung, wobei die besonderen Strafbestimmungen des kantonalen Rechts vorbehalten bleiben. *

Art. 2 * *…*

Art. 3 *Fahrlässigkeit*

[1] Die Übertretungen des kantonalen Rechtes sind strafbar, auch wenn sie fahrlässig begangen werden, sofern nicht nach dem Sinne der Vorschrift nur die vorsätzliche Begehung mit Strafe bedroht ist.

Art. 4 *Zuständigkeit zum Erlass von Strafbestimmungen*

[1] Landsgemeinde, Landrat und Regierungsrat sind befugt, in den Gesetzen, Beschlüssen, Verordnungen und Reglementen Strafbestimmungen über die Widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Erlasse aufzunehmen, ebenso die Gemeinden in bezug auf die Gemeindeerlasse.
[2] Diese Strafbestimmungen lauten auf Busse. *

1.2. Einzelne Übertretungen

Art. 5 * *Nichtbefolgen von Anordnungen, Verfahrensdisziplin*

[1] Wer mündlichen Anordnungen, die Behörden oder Angestellte des Kantons sowie der Gemeinden erlassen, nicht nachkommt, diesen gegenüber den Geschäftsgang stört oder den Anstand verletzt, wird mit Busse bestraft. *

Art. 6 * *Nichtangabe des Namens*

[1] Wer Angestellten des Kantons sowie der Gemeinden auf berechtigte Aufforderung hin die Angabe seines Namens, seiner Adresse oder andere Angaben über seine Person verweigert oder sie unrichtig macht, wird mit Busse bestraft.

Art. 7 * *Unberechtigtes Tragen einer Uniform*

[1] Wer unbefugt die Uniform von Polizeifunktionären trägt, wird mit Busse bestraft.

Art. 8 * *Anmassen eines akademischen Titels*

[1] Wer unbefugt einen akademischen Titel führt, wird mit Busse bestraft.

Art. 9 * *Unerlaubter Verkehr mit Gefangenen*

[1] Mit Busse wird bestraft, wer ohne Erlaubnis der zuständigen Behörden

a. mit Gefangenen oder Personen, die in Anstalten des Straf- und Massnahmevollzugs eingewiesen sind, Kontakt aufnimmt;

b. Gegenstände in Haftlokale, Gefängnisse oder Anstalten des Straf- und Massnahmevollzugs einführt oder von dort ausführt.

Art. 10 * *Ruhestörung, Verletzung von Sitte und Anstand, grober Unfug*

[1] Wer durch mittelbare oder unmittelbare Verursachung von Lärm die Nachtruhe stört oder stören lässt oder ausserhalb derselben unnötigen oder vermeidbaren störenden Lärm verursacht, wer sich öffentlich ein Sitte und Anstand verletzendes Benehmen zuschulden kommen lässt, wer groben Unfug verursacht, wird mit Busse bestraft.

Art. 11 * *Bettelei*

[1] Wer bettelt oder andere Personen, insbesondere Kinder, zum Betteln schickt, wird mit Busse bestraft.

Art. 12 * *Halten gefährlicher Tiere*

[1] Wer ein gefährliches oder unberechenbares Tier nicht gehörig verwahrt oder Vorsichtsmassnahmen unterlässt, zu denen er oder sie nach den Umständen verpflichtet ist, wird mit Busse bestraft.

Art. 13 * *Reizen oder Scheumachen von Tieren*

[1] Wer durch Reizen oder Scheumachen von Tieren eine Gefahr für Menschen, Tiere oder Sachen herbeiführt, wird mit Busse bestraft.

Art. 14 * *Widerhandlungen gegen Natur- und Heimatschutz*

[1] Wer die im Sinne von Artikel 702 ZGB durch den Kanton oder die Gemeinden auf dem Gebiete des Natur- und Heimatschutzes und zur Erhaltung von Altertümern und Heilquellen erlassenen Vorschriften übertritt, wird mit Busse bestraft.

Art. 15 * *Verrichten von Notdurft und andere Verunreinigungen*

[1] Wer innerhalb bewohnter Gebiete seine Notdurft ausserhalb sanitärer Einrichtungen verrichtet, wird mit Busse bestraft.
[2] Wer Gebäude und Anlagen verunreinigt und dadurch in ihrem Aussehen oder dem bestimmungsgemässen Gebrauch beeinträchtigt, wird, sofern das Verhalten nicht nach einer anderen Norm strafbar ist, mit Busse bestraft.
[3] Wer unbefugt Kleinabfälle wie Verpackungsmaterialien, Getränkebehältnisse oder andere Gegenstände und Stoffe wegwirft oder liegen lässt, wird, sofern das Verhalten nicht nach einer anderen Norm strafbar ist, mit Busse bestraft.

Art. 16 * *Plakatentfernung*

[1] Wer öffentlich angeschlagene amtliche Bekanntmachungen oder befugterweise angebrachte Plakate vorsätzlich entfernt, abreisst, beschädigt, entstellt oder beschmutzt, wird mit Busse bestraft.

2. Zuständigkeit der Behörden

Art. 17 * *…*

Art. 18 * *Vollzugsbehörden*

[1] Die rechtskräftigen Urteile und Beschlüsse der kantonalen Strafbehörden werden durch die vom Regierungsrat bezeichneten kantonalen Verwaltungsbehörden vollzogen, unter Vorbehalt der besonderen Zuständigkeiten für das Inkasso von Geldforderungen im Sinne von Artikel 442 StPO. *
[2] Der Regierungsrat bezeichnet die kantonale Verwaltungsbehörde, welche die Aufsicht über die Haftlokalitäten sowie über die Behandlung der Inhaftierten ausübt und dem Gefängnispersonal die nötigen Weisungen erteilt.

Art. 19 * *…*

Art. 20 * *Zuständiges Departement*

[1] Das für das Gesundheitswesen zuständige Departement bezeichnet die Praxen und Spitäler, welche die Voraussetzungen für eine fachgerechte Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen und für eine eingehende Beratung erfüllen (Art. 119 Abs. 4 StGB). Es bestimmt zudem die Meldestelle für Schwangerschaftsabbrüche (Art. 119 Abs. 5 StGB).

Art. 21 * *…*

3. Begnadigung *

Art. 22 * *Begnadigungsbehörden*

[1] Begnadigungsbehörde im Sinne der Artikel 381–383 StGB ist für Freiheitsstrafen von über sechs Monaten der Landrat und für geringere Strafen der Regierungsrat.

Art. 23 * *Begnadigungsgesuch*

[1] Das Begnadigungsgesuch ist schriftlich und mit allfälligen Unterlagen versehen an die Begnadigungsbehörde zu richten.
[2] Die Begnadigungsbehörde zieht die Strafakten bei und führt die notwendigen Erhebungen durch.

Art. 24 * *Aufschiebende Wirkung*

[1] Das Begnadigungsgesuch hat keine aufschiebende Wirkung.

Art. 25 * *Endgültigkeit*

[1] Die Begnadigungsentscheide des Landrates und des Regierungsrates sind endgültig.

Art. 25a * *…*

4. Straf- und Massnahmenvollzug *

Art. 26 * *Urteilszustellung und Vollzugsbeginn **

[1] Die Gerichte stellen der für den Vollzug zuständigen Verwaltungsbehörde das rechtskräftige Urteil zu. Sie melden ihr den Rechtsspruch umgehend, wenn der verurteilten Person die Freiheit bereits entzogen ist oder vorsorgliche Massnahmen zu prüfen sind. *

[1a] Die Staats- und Jugendanwaltschaft stellt der für den Vollzug zuständigen Verwaltungsbehörde den rechtskräftigen Strafbefehl zu, wenn eine unbedingte Freiheitsstrafe, Bewährungshilfe oder eine Weisung angeordnet wurde. *
[1b] Die Gerichte sowie die Staats- und Jugendanwaltschaft legen ihren Strafentscheiden allfällige Gutachten und Berichte sowie weitere Unterlagen bei, soweit diese für den Vollzug geeignet und notwendig sind. *
[2] Der Vollzug von freiheitsbeschränkenden Strafen und Mass nahmen in einer geeigneten Anstalt ist nach Eintritt der Rechtskraft so rasch als möglich einzuleiten.
[3] Die Vorladung zum Antritt einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden strafrechtlichen Massnahme ist der verurteilten Person in der Regel mittels schriftlicher Verfügung zu eröffnen. Bei unbekanntem Aufenthalt ist die verurteilte Person von der zuständigen kantonalen Behörde polizeilich zur Verhaftung auszuschreiben.

Art. 26a * *Vorzeitiger Straf- und Massnahmenvollzug*

[1] **… ***
[1a] Die Bewilligung des vorzeitigen stationären Massnahmenvollzugs durch die Verfahrensleitung bedarf der Zustimmung der für den Vollzug zuständigen Verwaltungsbehörde. *
[2] Die Strafbehörde erteilt der zuständigen Vollzugsbehörde die nötigen Anweisungen für den vorzeitigen Vollzug. *

Art. 26b * *Haft- und Straferstehungsfähigkeit*

[1] Die einweisende Behörde entscheidet im Zweifelsfall oder bei entsprechender Indikation über die Haft- oder Straferstehungsfähigkeit einer betroffenen Person.
[2] Sie stützt sich dabei auf den Befund und die allfällige Empfehlung einer medizinischen Fachperson.

Art. 27 * *Aufschub*

[1] Der Vollzug einer Freiheitsstrafe kann von der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde auf begründetes Gesuch hin verschoben werden, wenn der verurteilten Person oder ihrer Familie aus dem sofortigen Strafvollzug aussergewöhnlich schwerwiegende Nachteile erwachsen würden.
[2] Leidet die verurteilte Person an einer schweren oder ansteckenden Krankheit oder ist eine Verurteilte schwanger, so bestimmt die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde den Zeitpunkt des Antrittes der Strafe oder Massnahme.
[3] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde trifft im Falle eines Aufschubes nötigenfalls geeignete Anordnungen zur Sicherung des Strafvollzugs.

Art. 28 * *Einstellung des Vollzugs*

[1] Die Vollzugsbehörde stellt den Vollzug auf Geheiss der Strafbehörde ein. Bei Vorliegen wichtiger Gründe kann die zuständige Verwaltungsbehörde den Vollzug unterbrechen, soweit keine Flucht- oder Wiederholungsgefahr droht. *
[2] Nachträgliche Gesuche an das Gericht im Sinne der Artikel 36 Absatz 3 und 106 StGB entfalten während laufendem Vollzug einer Ersatzfreiheitsstrafe keine aufschiebende Wirkung.

Art. 29 * *Vollzugsort*

[1] Die zuständige kantonale Verwaltungsbehörde bestimmt im Rahmen des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordates[1)] den Vollzugsort für die Durchführung von Strafen und Massnahmen.
[2] Der Regierungsrat kann, soweit keine geeigneten Vollzugsmöglichkeiten auf kantonalem Boden zur Verfügung stehen, die nötigen Vereinbarungen mit andern Kantonen und Einrichtungen zur Mitbenützung von Vollzugseinrichtungen treffen. *

Art. 29a * *Disziplinarwesen*

[1] Das Disziplinarwesen dient der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in den kantonalen Vollzugseinrichtungen.
[2] Die Eingewiesenen haben sich korrekt zu verhalten und die anwendbaren Vollzugsvorschriften, das Gefängnisreglement, die Hausordnung und die Festlegungen im Vollzugsplan zu beachten sowie die Anordnungen des Gefängnispersonals zu befolgen.
[3] Die Verfolgung einer disziplinarischen Verfehlung verjährt innert sechs Monaten nach der Begehung; die Verjährung ruht während einer Entweichung.
[4] Der Vollzug einer Disziplinarmassnahme verjährt innert sechs Monaten.

Art. 29b * *Disziplinarische Verfehlungen*

[1] Disziplinarische Verfehlungen sind insbesondere:
1. Flucht, Fluchtversuch und Fluchthilfe;
2. Tätlichkeit oder Drohung gegen das Gefängnispersonal, Mitgefangene, Amts- oder Drittpersonen;
3. Arbeitsverweigerung oder Aufwiegelung dazu sowie Nichtrückkehr von einer externen Beschäftigung;
4. Missbrauch des Urlaubs-, Ausgangs- oder Besuchsrechts;
5. unerlaubter Verkehr mit Personen ausserhalb der Anstalt;

[1)] GS III F/4/1

6. Ein- und Ausführen, Herstellen, Besitz und Weitergabe von verbotenen oder gefährlichen Gegenständen, insbesondere von Waffen oder Schriftstücken, und nicht bewilligtem Geld unter Umgehung der Kontrolle;
*7. ** mutwillige Beschädigung oder Verunreinigung von Gebäuden und Gegenständen, Verschleuderung von Material;
8. Einführen, Besitz, Herstellung, Konsum oder Handel mit Drogen oder Alkohol sowie Missbrauch von Medikamenten;
9. ungebührliches Verhalten gegenüber dem Personal der Vollzugseinrichtung, Mitgefangenen, Amts- oder Drittpersonen;
10. hartnäckiges Vortäuschen von Krankheiten und absichtliche Selbstverletzung;
*11. ** …
12. Missachtung von ausdrücklichen Anordnungen.

[2] Die Anstiftung und Gehilfenschaft zur Begehung von Disziplinartatbeständen gilt als disziplinarische Verfehlung.

Art. 29c * *Disziplinarmassnahmen*

[1] Disziplinarmassnahmen sind:
1. Verweis;
2. zeitweiser Entzug oder Beschränkung der Verfügung über Geldmittel;
3. zeitweiser Entzug oder Beschränkung von Freizeitbeschäftigungen, insbesondere der Benützung von Radio- oder Fernsehgeräten sowie der Teilnahme an Veranstaltungen, Kursen und an gemeinschaftlichen Aktivitäten;
4. zeitweiser Entzug oder Beschränkung der Aussenkontakte, insbesondere Besuchs-, Ausgangs- und Urlaubssperre; vorbehalten bleibt der Verkehr mit Behörden und dem Rechtsvertreter;
5. Busse bis zu 200 Franken;
6. Zellen- oder Zimmereinschluss bis zu 14 Tagen;
*7. ** Arrest bis zu 14 Tagen.

[2] Es dürfen mehrere Disziplinarmassnahmen miteinander verbunden werden.
[3] Wenn es das bisherige Verhalten der eingewiesenen Person rechtfertigt, kann der Vollzug der Disziplinarmassnahme unter Ansetzung einer Probezeit aufgeschoben werden. Begeht die eingewiesene Person während der Probezeit ein neues Disziplinarvergehen oder hält sie den Vollzugsplan oder besondere Vereinbarungen nicht ein, wird die Disziplinarmassnahme vollzogen. In leichten Fällen kann der Insasse verwarnt oder die Probezeit um höchstens die Hälfte der ursprünglichen Dauer verlängert werden.
[4] Bei schweren oder wiederholten disziplinarischen Verfehlungen kann die eingewiesene Person von der einweisenden Behörde in eine andere Vollzugseinrichtung versetzt oder aus dem Arbeits- oder Wohnexternat rückversetzt werden.

Art. 29d * *Arrest*

[1] Arrest darf nur bei schweren oder wiederholten disziplinarischen Verfehlungen angeordnet werden.
[2] Der Arrest wird in einer dafür bestimmten Zelle vollzogen. Die eingewiesene Person bleibt von Arbeit, Freizeitmöglichkeiten, Veranstaltungen, Einkauf und Aussenkontakten ausgeschlossen. Die Zelle darf nur für den Spaziergang verlassen werden.
[3] Vorbehalten bleibt die ärztliche, seelsorgerische und soziale Betreuung sowie der Verkehr mit Behörden und dem Rechtsvertreter.

Art. 29e * *Disziplinarverfahren*

[1] Der Inhaber der Disziplinargewalt sorgt für die Abklärung des Sachverhalts. Die betroffene Person erhält vor Erlass der schriftlichen Disziplinarverfügung Gelegenheit zur Stellungnahme. Bei zeitlicher Dringlichkeit wird der Entscheid mündlich eröffnet und sobald als möglich schriftlich bestätigt.
[2] Die Verfügung erfolgt aufgrund einer umfassenden Würdigung, insbesondere der objektiven Schwere der disziplinarischen Verfehlung, des bisherigen Verhaltens im Vollzug und der Beweggründe. Die Massnahme soll geeignet sein künftige Verstösse gegen die Anstaltsdisziplin zu verhindern. Das Verhängen von kollektiven Disziplinarmassnahmen ist unzulässig.
[3] Die von einer Disziplinarmassnahme betroffene Person kann gegen Disziplinarverfügungen innert zwei Tagen seit der Eröffnung Beschwerde erheben. *
[4] Dieser kommt keine aufschiebende Wirkung zu, es sei denn, diese werde von der Beschwerdeinstanz angeordnet. Im Übrigen richtet sich der Rechtsschutz nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz[2)]. *

Art. 29f *

[1] Die Eingewiesenen sind verpflichtet, dem Gefängnisarzt oder der Leitung des Gefängnisses schwere und ansteckende Krankheiten wahrheitsgemäss bekannt zu geben.

Art. 30 * *Kostgelder*

[1] Die für die Unterbringung im Kantonsgefängnis zu leistenden Kostgelder, namentlich für besondere Vollzugsformen, werden vom zuständigen Departement festgesetzt, unter Beachtung von verbindlichen Beschlüssen der Organe des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordats.

Art. 30a * *Tragung der Vollzugskosten*

[1] Die Kosten des Vollzugs von Strafen und Massnahmen trägt grundsätzlich der Kanton.

[2)] GS III G/1

[2] Wo es die wirtschaftlichen Verhältnisse rechtfertigen, kann die verurteilte Person an den Kosten des Straf- und Massnahmenvollzugs ganz oder teilweise beteiligt werden. Dies ist auch noch bei nachträglicher Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse möglich. Zur Deckung der Kosten können auch Leistungen Dritter herangezogen werden.
[3] Über die Kostentragung im Einzelfall entscheidet die vom Regierungsrat bezeichnete Verwaltungsbehörde.
[4] Die kantonale Steuerverwaltung erteilt der zuständigen kantonalen Verwaltungsbehörde kostenlos die für die Erhebung der Kostenbeteiligung benötigten Auskünfte über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse von verurteilten Personen und gewährt auf Verlangen Einsicht in die Steuerakten.

Art. 30b * *Tragung anderer Kosten*

[1] Kosten, die mit dem eigentlichen Straf- oder Massnahmenvollzug in keinem unmittelbaren, vollzugsbedingten Zusammenhang stehen und die der Kanton nicht aufgrund anderer Vorschriften zu tragen hat, wie Kosten der Spitalpflege, für Aufenthalte in speziellen Heil- oder Pflegeinstitutionen oder für notwendige zahnärztliche Behandlungen, sowie die Auslagen im Sinne von Artikel 14 des Konkordates der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen, hat die betroffene Person selber zu tragen.

Art. 30c * *Gebühren*

[1] Für die Behandlung von Gesuchen, namentlich für die Gewährung von besonderen Vollzugsformen (z.B. tageweiser Vollzug, Halbgefangenschaft usw.), für den Widerruf von Verfügungen und die Anordnung von Disziplinarmassnahmen kann die zuständige Verwaltungsbehörde nach Aufwand Gebühren erheben.

Art. 30d *

[1] Ersatzforderungen des Kantons für Kosten aus dem Straf- und Massnahmenvollzug verjähren innerhalb von 10 Jahren.

Art. 31 * *Verordnungen*

[1] Der Regierungsrat erlässt im Rahmen des Bundesrechts und des Ostschweizerischen Strafvollzugskonkordates die erforderlichen Vollzugsbestimmungen über den Straf- und Massnahmenvollzug.

Art. 32 * *Rechtsschutz*

[1] Der Rechtsschutz richtet sich unter Vorbehalt von Artikel 29e Absatz 3 und der nachfolgenden Absätze nach dem Verwaltungsrechtspflegegesetz.

[2] Die Frist zur Beschwerdeerhebung gegen Verfügungen und Entscheide betreffend den Vollzug eines Strafurteils oder Strafmandates beträgt zehn Tage. *
[3] Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung, es sei denn, diese werden von der Beschwerdeinstanz angeordnet.
[3a] Erachtet die zuständige Vollzugsbehörde die Aufhebung einer therapeutischen Massnahme nach Artikel 56 ff. StGB und gleichzeitig die nachträgliche Anordnung einer anderen strafrechtlichen Sanktion als angezeigt, beantragt sie dies beim Kantonsgericht. Dieses entscheidet auch über die Aufhebung der therapeutischen Massnahme. Die Staats- und Jugendanwaltschaft hat die Rechte einer Partei. Die zuständige Vollzugsbehörde nimmt die rechtserheblichen Abklärungen vor, die für den Entscheid von Bedeutung sein können. *
[3b] Erstinstanzliche Entscheide des zuständigen Departements unterliegen unmittelbar der Beschwerde an das Verwaltungsgericht; es kann auch die Angemessenheit eines Entscheides überprüfen. *
[4] Verfügungen, denen von Gesetzes wegen, auf Antrag der Vollzugsbehörden oder der verurteilten Person ein Entscheid einer richterlichen Behörde folgt, sind nicht auf dem Weg der Verwaltungsrechtspflege anfechtbar.

Art. 32a * *Videokonferenzen*

[1] Die Strafvollzugsbehörden sind berechtigt, Verfahrenshandlungen und Vollzugsüberprüfungen, insbesondere im Zusammenhang mit Anhörungen vor dem Erlass von Verfügungen über Vollzugsöffnungsschritte, mit der verurteilten Person oder anderen Behörden mit Videokonferenz durchzuführen.
[2] Die verurteilte Person hat ihr Einverständnis zur Videokonferenz zu erklären, wenn es um die Gewährung des rechtlichen Gehörs bei einer bedingten Entlassung geht.
[3] Das Gespräch ist in Ton und Bild aufzuzeichnen oder, bei Verzicht auf eine Aufzeichnung, zu protokollieren.

Art. 33 *Aufhebung bisheriger Rechte*

[1] Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes werden alle damit im Widerspruch stehenden Bestimmungen des glarnerischen Rechtes aufgehoben.

Art. 34 *Inkrafttreten*

[1] Inkrafttreten Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1966 in Kraft.

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
02.05.1976	01.07.1976	Art. 18	totalrevidiert	N 40 3018
02.05.1976	01.07.1976	Art. 21	totalrevidiert	N 40 3018
02.05.1976	01.07.1976	Art. 24	totalrevidiert	N 40 3018
02.05.1976	01.07.1976	Art. 26	aufgehoben	N 40 3018
03.05.1981	03.05.1981	Art. 17	totalrevidiert	SBE II/1 36
05.05.1985	05.05.1985	Art. 15	aufgehoben	SBE II/9 418
02.05.1993	01.07.1994	Art. 9	aufgehoben	SBE V/5 270
02.05.1993	01.07.1994	Art. 32	totalrevidiert	SBE V/5 270
05.05.2002	01.07.2002	Art. 5	totalrevidiert	SBE VIII/4 255
05.05.2002	01.07.2002	Art. 6	totalrevidiert	SBE VIII/4 255
07.05.2006	07.05.2006	Art. 14	aufgehoben	SBE X/1 36
07.05.2006	07.05.2006	Art. 18	totalrevidiert	SBE X/1 36
07.05.2006	07.05.2006	Art. 20	totalrevidiert	SBE X/1 36
07.05.2006	07.05.2006	Art. 22	totalrevidiert	SBE X/1 36
07.05.2006	07.05.2006	Art. 32	totalrevidiert	SBE X/1 36
06.05.2007	06.05.2007	Art. 2	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 16	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 18	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 19	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 21	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 22	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 24	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 25a	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Titel 4.	geändert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 26	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 26a	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 27	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 28	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 29	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 29a	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 29b	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 29c	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 29d	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 29e	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 30	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 30a	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 30b	eingefügt	SBE X/4 253

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
06.05.2007	06.05.2007	Art. 30c	eingefügt	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 31	totalrevidiert	SBE X/4 253
06.05.2007	06.05.2007	Art. 32	totalrevidiert	SBE X/4 253
02.05.2010	01.01.2011	Art. 5	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 6	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 7	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 8	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 9	eingefügt	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 10	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 11	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 12	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 13	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 14	eingefügt	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 15	eingefügt	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 16	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 17	aufgehoben	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 18 Abs. 1	geändert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 19	aufgehoben	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 21	aufgehoben	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Titel 3.	geändert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 22	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 23	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 24	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 25	totalrevidiert	SBE XI/6 400
02.05.2010	01.01.2011	Art. 25a	aufgehoben	SBE XI/6 400
04.05.2014	01.09.2014	Art. 1 Abs. 1	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 26 Abs. 1	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 26a Abs. 1	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 26a Abs. 2	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 28 Abs. 1	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 29 Abs. 2	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 29b Abs. 1, 7.	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 29b Abs. 1, 11.	aufgehoben	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 29c Abs. 1, 7.	geändert	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 29f	eingefügt	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 30d	eingefügt	SBE 2014 41
04.05.2014	01.09.2014	Art. 32 Abs. 2	geändert	SBE 2014 41
05.09.2021	01.07.2022	Art. 2	aufgehoben	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 4 Abs. 2	geändert	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 5 Abs. 1	geändert	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 26	Sachüberschrift geänd.	SBE 2022 10

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	SBE Fundstelle
05.09.2021	01.07.2022	Art. 26 Abs. 1	geändert	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 26 Abs. 1a	eingefügt	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 26 Abs. 1b	eingefügt	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 26a Abs. 1	aufgehoben	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 26a Abs. 1a	eingefügt	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 26b	eingefügt	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 29e Abs. 3	geändert	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 29e Abs. 4	eingefügt	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 32 Abs. 3a	eingefügt	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 32 Abs. 3b	eingefügt	SBE 2022 10
05.09.2021	01.07.2022	Art. 32a	eingefügt	SBE 2022 10

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Art. 1 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 2	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 2	05.09.2021	01.07.2022	aufgehoben	SBE 2022 10
Art. 4 Abs. 2	05.09.2021	01.07.2022	geändert	SBE 2022 10
Art. 5	05.05.2002	01.07.2002	totalrevidiert	SBE VIII/4 255
Art. 5	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 5 Abs. 1	05.09.2021	01.07.2022	geändert	SBE 2022 10
Art. 6	05.05.2002	01.07.2002	totalrevidiert	SBE VIII/4 255
Art. 6	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 7	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 8	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 9	02.05.1993	01.07.1994	aufgehoben	SBE V/5 270
Art. 9	02.05.2010	01.01.2011	eingefügt	SBE XI/6 400
Art. 10	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 11	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 12	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 13	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 14	07.05.2006	07.05.2006	aufgehoben	SBE X/1 36
Art. 14	02.05.2010	01.01.2011	eingefügt	SBE XI/6 400
Art. 15	05.05.1985	05.05.1985	aufgehoben	SBE II/9 418
Art. 15	02.05.2010	01.01.2011	eingefügt	SBE XI/6 400
Art. 16	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 16	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 17	03.05.1981	03.05.1981	totalrevidiert	SBE II/1 36
Art. 17	02.05.2010	01.01.2011	aufgehoben	SBE XI/6 400
Art. 18	02.05.1976	01.07.1976	totalrevidiert	N 40 3018
Art. 18	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 36
Art. 18	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 18 Abs. 1	02.05.2010	01.01.2011	geändert	SBE XI/6 400
Art. 19	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 19	02.05.2010	01.01.2011	aufgehoben	SBE XI/6 400
Art. 20	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 36
Art. 21	02.05.1976	01.07.1976	totalrevidiert	N 40 3018
Art. 21	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 21	02.05.2010	01.01.2011	aufgehoben	SBE XI/6 400
Titel 3.	02.05.2010	01.01.2011	geändert	SBE XI/6 400
Art. 22	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 36

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Art. 22	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 22	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 23	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 24	02.05.1976	01.07.1976	totalrevidiert	N 40 3018
Art. 24	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 24	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 25	02.05.2010	01.01.2011	totalrevidiert	SBE XI/6 400
Art. 25a	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 25a	02.05.2010	01.01.2011	aufgehoben	SBE XI/6 400
Titel 4.	06.05.2007	06.05.2007	geändert	SBE X/4 253
Art. 26	02.05.1976	01.07.1976	aufgehoben	N 40 3018
Art. 26	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 26	05.09.2021	01.07.2022	Sachüberschrift geänd.	SBE 2022 10
Art. 26 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 26 Abs. 1	05.09.2021	01.07.2022	geändert	SBE 2022 10
Art. 26 Abs. 1a	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10
Art. 26 Abs. 1b	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10
Art. 26a	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 26a Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 26a Abs. 1	05.09.2021	01.07.2022	aufgehoben	SBE 2022 10
Art. 26a Abs. 1a	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10
Art. 26a Abs. 2	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 26b	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10
Art. 27	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 28	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 28 Abs. 1	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 29	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 29 Abs. 2	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 29a	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 29b	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 29b Abs. 1, 7.	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 29b Abs. 1, 11.	04.05.2014	01.09.2014	aufgehoben	SBE 2014 41
Art. 29c	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 29c Abs. 1, 7.	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 29d	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 29e	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 29e Abs. 3	05.09.2021	01.07.2022	geändert	SBE 2022 10
Art. 29e Abs. 4	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10
Art. 29f	04.05.2014	01.09.2014	eingefügt	SBE 2014 41
Art. 30	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 30a	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253

III E/1

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	SBE Fundstelle
Art. 30b	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 30c	06.05.2007	06.05.2007	eingefügt	SBE X/4 253
Art. 30d	04.05.2014	01.09.2014	eingefügt	SBE 2014 41
Art. 31	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 32	02.05.1993	01.07.1994	totalrevidiert	SBE V/5 270
Art. 32	07.05.2006	07.05.2006	totalrevidiert	SBE X/1 36
Art. 32	06.05.2007	06.05.2007	totalrevidiert	SBE X/4 253
Art. 32 Abs. 2	04.05.2014	01.09.2014	geändert	SBE 2014 41
Art. 32 Abs. 3a	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10
Art. 32 Abs. 3b	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10
Art. 32a	05.09.2021	01.07.2022	eingefügt	SBE 2022 10